

Innerparteiliche Demokratie von draußen:

So kommt der Beste nach oben!

Yann Seyrer (2016)

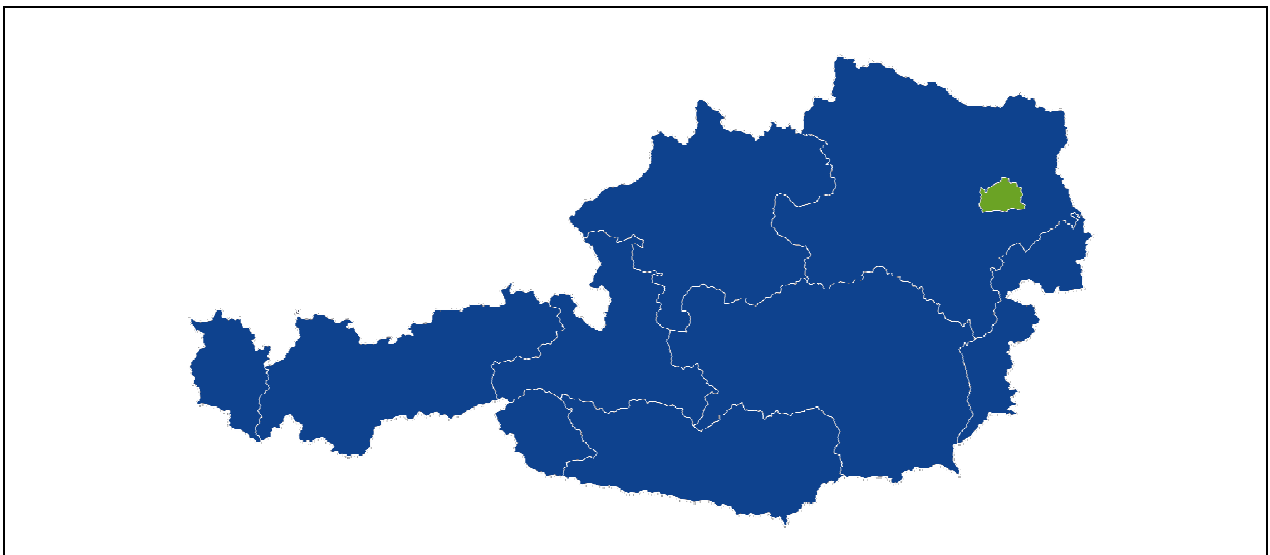
„Der Staat ist der Schuldentreiber № 1. Noch in diesem Jahrzehnt wird der deutsche Staat zum vierten Mal bankrottgehen. So lautet meine Prognose“ von 2013; in „Staat und Währungsstabilität im Zeitalter des Etatismus“ (2013) schlug ich die Strategie Z.E.U.S. vor, um im kreditexpansionistischen Staat (Mises 1949) Währungsstabilität durchzusetzen. Stefan Zweig beschrieb 1922 in der „Welt von gestern“, wie sich die etatistische Währungszerrüttung in der Welt von morgen wiederholen könnte: „Die Arbeitslosen standen zu Tausenden herum und ballten die Fäuste; (...) jeder (...) hatte dabei das geheime Gefühl, daß (...) alle betrogen wurden von einer verborgenen Hand, die dieses Chaos sehr wissentlich inszenierte, *um den Staat von seinen Schulden und Verpflichtungen zu befreien.*“

Die beste Alternative dazu ist das „laissez faire“, das dem Staat die Rolle eines den Rechtsstaat wahren Schiedsrichters zuweist, so wie es bspw. in den USA der zwanziger Jahre der Fall war: „Stell dir vor, du seiest gezwungen, spätestens nach drei Tagen dir dein Brot zu verdienen. Sieh dich um, wie man hier anfängt als Fremder ohne Verbindungen und Freunde sofort einen Verdienst zu finden! So begann ich von Stellenbüro zu Stellenbüro zu wandern und an den Türen die Anschlagzettel zu studieren. Da war ein Bäcker gesucht, dort ein Aushilfsschreiber, der Französisch und Italienisch können mußte, hier ein Buchhandlungsgehilfe: dies letztere immerhin eine erste Chance für mein imaginäres Ich. So kletterte ich hinauf, drei Stock eiserne Wendeltreppen, erkundigte mich nach dem Gehalt und verglich es wiederum in den Zeitungsannoncen mit den Preisen für ein Zimmer in der Bronx. Nach zwei Tagen ›Stellensuche‹ hatte ich theoretisch fünf Posten gefunden, die mir das Leben hätten fristen können; so hatte ich stärker als im bloßen Flanieren mich überzeugt, wieviel Raum, wieviel Möglichkeit in diesem jungen Lande für jeden Arbeitswilligen vorhanden war, und das imponierte mir. Auch hatte ich durch dieses Wandern von Agentur zu Agentur, durch das Mich-Vorstellen in Geschäften Einblick in die göttliche *Freiheit* des Landes gewonnen. Niemand fragte mich nach meiner Nationalität, meiner Religion, meiner Herkunft, und ich war ja – phantastisch für unsere heutige Welt der Fingerabdrücke, Visen und Polizeinachweise – ohne Paß gereist. Aber da stand die *Arbeit* und wartete auf den Menschen; das allein entschied. In einer Minute war *ohne* den hemmenden *Eingriff* von Staat und Formalitäten und Trade-Unions in diesen Zeiten schon sagenhaft gewor-

dener Freiheit der *Kontrakt* geschlossen“ (ebd.). Die ewige Alternative zur etatistischen Wohlstandsvernichtung besteht in der kapitalistischen Wohlstandsmehrung durch gut bezahlte Arbeit, in der man ohne Staatseinmischung zum gegenseitigen Vorteil *Arbeitsverträge* schließt.

Die Währung ist das materialisierte Vertrauen der Bürger in ihren Staat. Die Deutsche Mark verdiente unser Vertrauen. Wir verloren sie ohne *direktdemokratische* Abstimmung an die supranationale Fehlkonstruktion Euro. „Das Kernproblem konventioneller Währungen ist das Ausmaß an Vertrauen, das nötig ist, damit sie funktionieren. Der Zentralbank muß vertraut werden, daß sie die Währung nicht entwertet, doch die Geschichte des [Fiatgeldes](#) ist voll von Verrat an diesem Vertrauen. Banken muß vertraut werden, daß sie unser Geld aufbewahren und es elektronisch transferieren, doch sie verleihen es in Wellen von Kreditblasen mit einem kleinen Bruchteil an Deckung. Wir müssen den Banken unsere Privatsphäre anvertrauen, vertrauen, daß sie Identitätsdieben nicht die Möglichkeit geben, unsere Konten leerräumen“ (S. Nakamoto¹). Wir Deutsche brauchen eine Währung, die unser Vertrauen verdient hat: die DM!

Der Hauptwiderspruch unserer Epoche ist der zwischen verselbständigtem² abhängig machendem *supranationalem Etatismus* und staatsbürgerlich kontrolliertem *demokratischem Kapitalismus* (Seyrer 2013). Manchmal macht einem die Geschichte ein Geschenk, das man nur annehmen muß. Als ich diesen Aufsatz vollendet hatte, schnie mir das österreichische Vorwahlergebnis ins Haus. Entgegen *aller* Meinungsumfragen bescherte der österreichische Wähler sich einen strahlenden freiheitlichen Sieg(er): Norbert Hofer.



¹ wikipedia.org/wiki/Bitcoin ist keine vertrauenswürdige Währung, weil sie von ein paar unkontrollierbaren Entwicklern manipuliert ist.

² Bodo Zeuner (1969, S.13) beschwört die „Gefahr der Verselbständigung der Führer“, falls sie „auch die Entscheidungen an sich reißen, die ... demokratisch gefällt werden“ müssen wie beispielsweise die grundgesetzwidrige Aufgabe der *Verfassung* zugunsten einer anderen, bspw. der europäischen oder die der *Währung* DM zugunsten einer anderen, bspw. des fehlkonstruierten EURO. „Ohne innerparteiliche Demokratie (kann es, d.V.) keine gesamtstaatliche Demokratie geben“ (ebd. S.21). Ich schlußfolgere: Die politische Aktivierung der Bürger durch das Instrument der innerparteilichen *Vorwahl* von draußen mache ich zum Kern meines Vorschlags zur Demokratisierung der Gesellschaft.

Das schöne an diesem Sieg des Thatcher-Anhänger Hofer über den konservativ-sozialistischen (je 11%) Proporz ist die österreichische Landkarte, die wie ein von mir bestelltes Auftragsgemälde alle Bundesländer erstmalig *blau* malt, d.h. die *freiheitlichen* Patrioten haben dort überall die Mehrheit, während hingegen das *etatistische* Machtzentrum Wien sich *grün* färbt; die hauptstädtischen Etatisten hoben ganz im Bewußtsein ihres eigenen Herrschaftsinteresses den supranationalen Etatisten Bellen auf's Schild; dieser doppelte Anti-Demokrat verkündete schon vorab, daß er sich im Falle eines absoluten Wahlsieges der FPÖ (>50%) weigern würde, einen FPÖ-Kandidaten zum Kanzler zu ernennen; der grüne Vizepräsident der ÖGAVN hängt mehr an den supranationalen VN als an seinem Vaterland; nicht nur der repräsentativen, sondern auch der direkten innerparteilichen Demokratie der Grünen entzieht Bellen sich, indem er als deren langjährigster Parteivorsitzender auf einmal den Unabhängigen spielt. Der sein Vaterland liebende Demokrat Norbert Hofer würde selbstverständlich auch einen grünen Wahlsieger zum Bundeskanzler ernennen. Das schreibt die Verfassung vor. Und genau an dieser vermeintlich unwichtigen Verfassungsfrage ist der supranationale EUdSSR-Etatismus bereits 2005 historisch gescheitert. Es gibt kein demokratisches Subjekt ohne eigene Verfassung. Die fehlende demokratische Legitimation hindert die EUdSSR-Troika aus Merkel (Nettozahler), Juncker (Kommissar) und Draghi (EZB-Kreditexpansionist) nicht daran, solange in die Ukraine und die Türkei zu expandieren, bis die europäischen Nationen sich ihrer Herrschaft (*direkt-)demokratisch* entledigen.

Wie die heutigen Wiener erwies sich das deutsche Volk in den letzten 125 Jahren für die etatistische Ideologie als äußerst anfällig:

- willig teilte es des Kaisers Wahn, Alboin von den Weltmeeren zu vertreiben (2013)
- willig folgte es Adolf Hitlers Wahn, den Lebensraum im Osten zu erobern (2013)
- willig folgt es dem Ökowahn auf den Klimagipfel, um das Weltklima um 2° zu kühlen.

Demokratie und Kapitalismus sind die Grundpfeiler der Freiheit. Sie 2016 zu konkretisieren, ist das Ziel meines Aufsatzes. Ich will deswegen in diesem Aufsatz

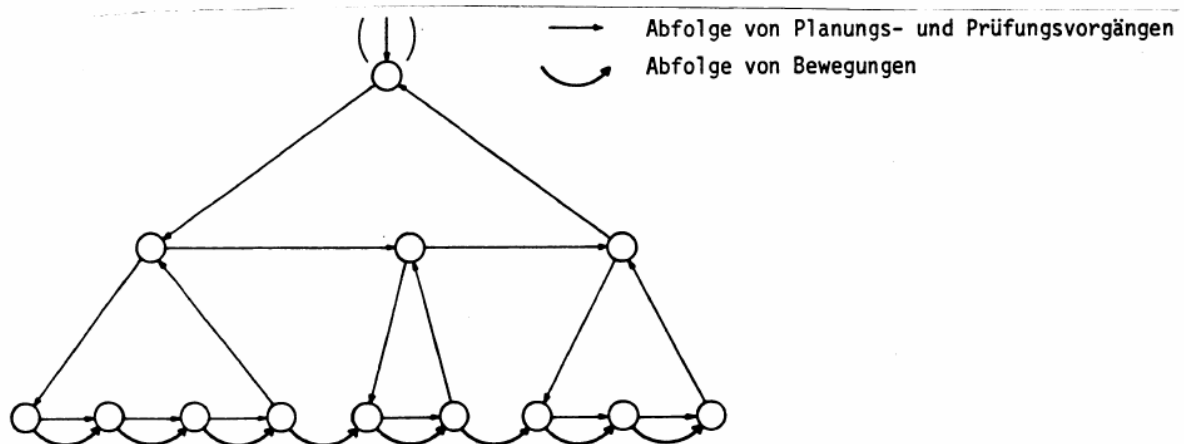
- einschlägige Bestimmungen der deutschen Verfassung, des Grundgesetzes bekannter machen
- auf empirisch nachweisbare Erfolge der direkten Demokratie in den letzten 70 Jahren hinweisen
- das weltweite Musterland der direkten Demokratie bekannter machen
- die demokratischen Errungenschaften einiger Länder, die ihre Staatsoberhäupter direkt-demokratisch wählen, erwähnen und

- schließlich auf mein wesentliches Anliegen zu sprechen kommen, nämlich zu zeigen, wo und wie es gelungen ist, durch direktdemokratische Vorwahlen die Herrschaft der Parteiapparate zu beschränken und dadurch dem Bürger die Kontrolle seines Staates zu ermöglichen.

Als Liberaler bin ich davon überzeugt, daß sich nicht nur die einzelnen Unternehmen, sondern auch die jeweiligen nationalen Politiken in einem weltweiten Wettbewerb befinden, in dem die Nationen mit Kapitalismus und Demokratie *siegen* werden und die mit Staatswirtschaft und Diktatur verlieren werden. Diesen bekannten und seit Jahrhunderten bewährten liberalen Fortschrittsoptimismus ergänze ich um einen nicht nur in Deutschland sträflich unterbewerteten progressiven Faktor: die innerparteiliche Demokratie. Mit Z.E.U.S. (2013) habe bereits ich eine progressive Strategie zum Thema „Währungsstabilität im Zeitalter des Etatismus“ vorgelegt und lasse deswegen diesen für die *Stabilität* des Kapitalismus unerläßlichen Aspekt außen vor.

Wer sich mit Politik befaßt, muß sich die Frage beantworten, wie die jeweils beste Persönlichkeit an die Spitze der Hierarchie kommt. Ich will hier nicht die längst beantwortete Frage diskutieren, ob politische Führer die Geschicke ihrer Nation positiv beeinflussen können: Ludwig Erhard, Willy Brandt, Ronald Reagan und Margaret Thatcher konnten es. Die einzige Frage, die ich im Rahmen dieses Aufsatzes beantworten möchte, richtet sich an die Zukunft Deutschlands: *wie* kommt die beste Persönlichkeit an die Spitze der Hierarchie? Welches demokratische *Verfahren* ist das optimale? Darauf gibt es sehr wohl allgemeingültige Antworten; die Frage ist nur, wer diese wo herausgefunden und praktiziert hat; und welche Verfahren sich wo bewährt haben und welche nicht.

Modell der Handlungsregulation, nach Volpert (1975, S. 134)



Die Handlungsregulationstheorie eignet sich als Ausgangspunkt, weil sie das menschliche Handeln, damit auch das politische Handeln am besten modelliert. Jede menschliche Handlung ist hierarchisch-sequentiell strukturiert. Im hierarchisch-sequentiellen Modell (Volpert 1975) un-

terscheiden wir die Handlungsausführung, d.h. die Bewegungsabfolge von den Planungs- und Prüfungsvorgängen. Ganz oben steht das *Ziel*, aus dem sich – und das ist der Clou – *Teilziele* ableiten lassen, die wiederum in einzelnen *Vorgängen* abgearbeitet werden. Projiziert man diese dreistufige Hierarchie auf ein Organigramm, etwa einer Partei, befindet sich der Parteivorsitzende ganz oben, darunter folgen die Parteigliederungen, die die Basis, also Parteigruppen enthalten, in denen das einzelne Parteimitglied seine politischen Aktivitäten entfaltet. Jede Partei muß hierarchisch-sequentiell organisiert sein, weil die Alternative dazu Anarchie oder Diktatur ist. Aus dem *hierarchischen* Aspekt folgt, daß nur der Beste nach *oben* kommen soll, damit er *sequentiell*, d.h. Schritt für Schritt *nach vorne* führen kann.

Aus dem freien Wettbewerb um Wählerstimmen soll sich ergeben, wer es an die Spitze schafft; dorthin soll ausschließlich der Kandidat mit der höchsten politischen Kontrollkompetenz (Dörner 1983, Oesterreich 1981, Seyrer 2015) gelangen.

Ob ein Kandidat kontrollkompetent ist oder nicht, läßt sich auch empirisch diagnostizieren. Mit der Führungsmatrix (www.Kraft5.com) habe ich eine Software vorgelegt, mit der man auf der Grundlage natürlicher Daten, d.h. einem natürlichen Interview mit offenen Fragen, den *optimalen* Kandidaten anhand seiner persönlichen *Stärken* auswählen kann. Im gesellschaftlichen Leben kommt es auf die individuelle Persönlichkeit an. In der Wirtschaft funktioniert die Auswahl geeigneter Persönlichkeiten, weil der Profit dies mehr oder weniger direkt erzwingt und der Markt Willkür konsequent mit Gewinnentzug abstrafte. Die Politik hingegen ist nicht wie die Wirtschaft IST-Wert-, sondern SOLL-Wert-orientiert (1997) und so ist der Willkür Tür und Tor geöffnet. Und das kommt den Machthabern³ in den politischen Parteien zupaß; wer teilt schon gerne seine Macht mit dem Bürger, wenn er nicht muß?

Auch in der besten aller vorstellbaren Gesellschaften, in der Politiker und Beamte der Verfassung treu bleiben, die Rechtsstaatlichkeit gewährleisten und vor allem sich selbst an die Gesetze halten, *konflikieren* ihre rollenbedingten Eigeninteressen (Buchanan 1962, 1975) und ihre Zugehörigkeit zum und vor allem ihre persönliche Identifikation mit dem etatistischen System mit dem Interesse des Bürgers, seinen im wesentlichen von Politikern und Beamten bestimmten Staat zu *kontrollieren*. Das Kriterium, an dem sich ablesen läßt, in welchem Ausmaß die Bürger den Staat kontrollieren, ist die Staatsquote, d.h. der Anteil der Staatsausgaben einschließlich des Schuldendienstes am Bruttoinlandsprodukt: sinkt die Staatsquote – wie einst in der Schweiz – unter 33%, kontrollieren die freien Bürger ihren schlanken Staat erfolgreich; übersteigt sie 50%, greift der fette Staat seinen von ihm bevormundeten Bürger tief in die Ta-

³ Manche bezeichnen sie als politisches Establishment, andere als Apparatschiks, dritte als Klüngel, vierte als inneren Kreis.

sche. Die staatliche Macht zu begrenzen⁴ gelingt dann, wenn die Demokratie im Staate lebendig ist: je *direktdemokratischer* die Kantone verfaßt sind, desto *sparsamer*⁵ wirtschaften die kantonalen Beamten und Politiker (Funk&Gathmann 2011); dieser Zusammenhang existiert völlig unabhängig von der *parteipolitischen*⁶ Orientierung der Politiker und Beamten. Der schlanke schweizerische Staat in Verbindung mit seiner direkten Demokratie ist das Musterbeispiel für einen vom Bürger *kontrollierten* Staat, das in einer vom Etatismus infizierten Welt nur punktuell Nachahmer (z.B. Kalifornien) findet.

"Mit dem Instrument des Referendums begreift der *Souverän* die abschließende Entscheidungshoheit über neue Gesetze"⁷. Die Schuldenbremse⁸ ist *die* paradigmatische antietatistische Verfassungsänderung, die 2001 sowohl direktdemokratisch – und zwar mit einer satten Mehrheit von 85% – als auch repräsentativdemokratisch durch die schweizerische Bundesversammlung beschlossen wurde.

Deutschlands mächtigste Partei (1945 - 2015), die etatistische⁹ CDU, bekämpft seit 60 Jahren die direkte Demokratie mit allen Mitteln und verhindert sie unter allen möglichen Vorwänden; die anderen etatistischen Parteien sind darüber nicht unglücklich. Dieser Mißstand führt uns zur wichtigsten¹⁰ direktdemokratischen Methode, mit der der Bürger Einfluß auf den Staat nehmen kann: der *Auswahl*¹¹ der Politiker.

Aus liberaler Sicht (Adam Smith, Ludwig von Mises, Ludwig Erhard, Margaret Thatcher, Ronald Reagan) gibt es nur ein einziges und alleiniges politisches Subjekt: die individuelle Per-

⁴ „Schon die bloße Drohung eines Referendums genügt also offenbar, damit die Politiker nicht mehr Geld ausgeben.“ „Je leichter es für die Bürger ist, einen Volksentscheid gegen ein unliebsames Projekt auf den Weg zu bringen, desto langsamer wachsen dort die Staatsausgaben. Die Hürden für einen Volksentscheid messen sie daran, wie viele Unterschriften nötig sind, um eine Bürgerbefragung zu initiieren. Mit jedem Prozentpunkt, um den das nötige Quorum sinkt, gehen die Ausgaben des Kantons um 0,6 Prozent zurück“, schreibt Olaf Storbeck im Handelsblatt vom 25.12.2011 unter der Überschrift „Staatsverschuldung: Direkte Demokratie hält den Staat schlank“.

⁵ „In particular, cantons with stronger direct democratic institutions are more conservative; prefer less spending and less redistribution than voters in cantons with weaker control over the budget“ (Funk&Gathmann 2011). „Im Durchschnitt sind die Ausgaben in Kantonen mit automatischen Finanzreferenden um zwölf (!) Prozent niedriger. Dieser Effekt ist nicht damit zu erklären, daß die Kantone einen Teil ihrer Ausgaben auf andere Gebietskörperschaften wie z.B. die Städte oder Gemeinden verlagern, stellen Funk und Gathmann fest – die Sparsamkeit ist also echt“, schreibt Olaf Storbeck im Handelsblatt vom 25.12.2011 unter der Überschrift „Staatsverschuldung: Direkte Demokratie hält den Staat schlank“.

⁶ „Even after controlling for voter preferences, however, direct democracy decreases canton spending by 11 percent. Hence, direct democracy has real consequences for the policy-making process: either directly by preventing the realization of expensive projects or by changing political decision-making in the parliaments“ (Funk&Gathmann 2011). „Sogar wenn die Wähler ausgabenfreudige Parteien wählen, bleiben die direktdemokratischen Möglichkeiten budgetkontrollierend“, schreibt Ronnie Grob am 3.1.2012 unter der Überschrift „Bis zu 30 Prozent weniger Staatsausgaben durch Direkte Demokratie“.

⁷ wörterbuchdeutsch.com/de/verfassungsinitiative

⁸ [de.wikipedia.org/wiki/Schuldenbremse_\(Schweiz\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Schuldenbremse_(Schweiz))

⁹ Erstes Beispiel: das sozialistische Ahlener Programm der vorgeblich konservativen, in Wirklichkeit aber etatistischen CDU. Zweites Beispiel: der Kampf der CDU gegen den einzigen anti-interventionistischen und marktwirtschaftlichen deutschen Wirtschaftsminister, Ludwig Erhard und sein Sturz als Bundeskanzler nach einer innerparteilichen Ränkeschmiede: „Was hatte Erhards Sturz verursacht? Seine eigene Partei“ (Alfred C. Mierzejewski 2000, S.316). Drittes Beispiel: Der Kampf der CDU gegen das vom Parlamentarischen Rat vorgeschriebene bundesweite Referendum (Art.146 GG) für den Fall der deutschen Wiedervereinigung.

¹⁰ „Die Mitbestimmung in den Parteien (ist, d.V.) für den Staatsbürger ... die *wichtigste* Chance ..., auf die öffentlichen Angelegenheiten Einfluß zu nehmen“ (Zeuner 1969, S.12).

¹¹ „Demokratische Führungsauslese ist notwendig“ (Zeuner 1969, S.15).

sönlichkeit. Nobelpreisträger Buchanan hat dies mithilfe seiner „*individualistisch-demokratischen Methodologie*“ (1975, S.7) in seiner vertrags- und verfassungstheoretisch abgeleiteten Theorie der öffentlichen Entscheidung („Public Choice“) begründet. Uns muß also die Frage beschäftigen, wie aus dem Bürger ein Politiker wird. Damit sind wir sofort bei der Frage angelangt, wie der Bürger kontrollieren – d.h. Einfluß darauf nehmen – kann, *wer* von seinen *Mitbürgern* Kandidat wird und *wer nicht* nominiert wird. Im Etatismus bestimmen die Parteiapparate, wer Kandidat wird und wer nicht. In der Demokratie bestimmt jeder Bürger in den Vorwahlen mit, wer (Präsidentschafts-)Kandidat wird und wer nicht: Kandidatenauswahl durch den *Parteiapparat versus durch direktdemokratische Abstimmung* aller politisch interessierten Bürger. Es läuft darauf hinaus: etatistische contra direktdemokratische Nominierung. Die Kandidatenauswahl, deren Positionierung¹² und Nominierung muß durch zahlreiche *dezentrale* – beispielsweise kommunale, kantonale, regionale, bundesstaatliche – Vorwahlen erfolgen. In den USA werden *Primaries* (Vorwahlen), *open* vs. *closed*, d.h. *für alle interessierten Bürger* vs. nur für eingeschriebene Parteimitglieder erfolgreich¹³ praktiziert. Je *mehr* Politiker (Präsident, Bundeskanzler, Ministerpräsident, Bürgermeister) auf direktdemokratische Weise nominiert werden, desto höher ist die Kontrolle, die der Bürger im Staate ausüben kann; je *bedeutendere* Politiker – z.B. ist eine Bundeskanzlerin bedeutender als eine Bürgermeisterin – der Bürger mit auswählen darf, desto demokratischer ist ein Staat.

Die *direktdemokratischen* amerikanischen und die schweizerischen Kandidatennominierungsverfahren haben sich bewährt, weil sie die Einbeziehung, Partizipation, Mitbestimmung und Kontrolle des Bürgers gewährleisten. Hier kontrollieren die Bürger die politischen Parteien und nicht umgekehrt: weder eine *anarchistische* Ausschaltung der politischen Parteien etwa zugunsten einer räte-, stammes- oder sektenartigen Basisdemokratie noch eine *Allmacht* des Parteiapparats wie bspw. die der marxistisch-leninistischen KPdSU in der UdSSR ist demokratisch. Parteien als solche sollen keinesfalls abgeschafft und schon gar nicht die Gründung *neuer* Parteien be- oder verhindert werden; denn Parteien verkörpern ein ganz *bestimmtes* Prinzip und die daraus ableitbaren Regeln und Wertvorstellungen und priorisieren diese zugespitzter als ihre Konkurrenten. Das erleichtert dem Bürger die Entscheidung; so sollte es zumindest sein; wenn bspw. alle Parteien in einem etatistischen Einheitsbrei¹⁴ versumpfen, ist das ein Übel, das durch

¹² Wähler sollen zudem die Möglichkeit erhalten, die Reihenfolge der Kandidaten auf der Wahlliste mittels [Vorzugsstimmen](https://de.wikipedia.org/wiki/Ciudadanos) zu verändern (de.wikipedia.org/wiki/Ciudadanos).

¹³ "Open primaries are the best idea in contemporary politics. They shift power from party hierarchs to voters, from Whips to backbenchers and from ministers to Parliament. They serve to make legislatures more diverse and legislators more independent", meint Daniel Hannan, ein britischer Politiker unter der Überschrift: "Do open primaries favour plutocrats and extremists?". London: Blogs.telegraph.co.uk. 2010-08-29.

¹⁴ Bspw. gibt es heutzutage keine einzige deutsche Partei, die für die Abschaffung des arbeitslosen- und beschäftigungsfeindlichen Mindestlohns eintritt.

eine neue anti-etatistische Partei bekämpft werden kann und sollte. Angebot und Nachfrage wirken in der Politik genauso segensreich wie im Kapitalismus im allgemeinen. *Totalitäre* Parteien, die wie die nationalsozialistische NPD und die kommunistische SED die Rechtsstaatlichkeit als bourgeois verachten, müssen als Feinde der Demokratie verboten werden. *Fundamentalistische* Parteien wie bspw. die ökologischen Grünen, die die Menschheit (!) mithilfe des Staates zwangsbeglücken wollen, müssen von liberalen Bürgern als ihre Hauptkontrahenten solange politisch bekämpft werden, bis sie unter fünf Prozent sinken.

Mein Vorschlag zur innerparteilichen Demokratie von draußen sollte von Parteimitgliedern keinesfalls als Bevormundung mißverstanden werden, weil sie mit einer innerparteilichen Demokratisierung von drinnen einhergehen sollte: der Trennung von Mandat und Amt. Parteiapparate bevorzugen zentralistische Modelle, Ämterhäufung und Multi-Funktionäre, während die Trennung von parlamentarischem Mandat und Parteiamt möglichst vielen Mitgliedern innerparteiliche Ämter verschafft und damit das Parteileben auf eine breitere Basis stellt, bereichert und demokratisiert. So ergänzt die innerparteiliche Demokratie von drinnen die von draußen.

Falls sich ein Parteiapparat gegen die Trennung von Mandat und Amt sperrt, muß diese gesetzlich durchgesetzt werden. Die deutsche Verfassung, unser Grundgesetz (Art. 21 Abs.1 Satz 1) schreibt eine *Mitwirkung* der Parteien an der politischen Willensbildung vor. Die Trennung von Mandat und Amt setzt diese im Sinne einer lebendigen Demokratie um.

Der Maßstab für die Beurteilung der Rolle der Parteien sollte sein, inwieweit deren jeweilige Verfaßtheit die Durchsetzung bürgerlicher Kontrolle ermöglicht. Aus der Sicht der Differentialen Optimalentwicklung geht es darum, Bedingungen zu schaffen, die die Durchsetzung optimal entwickelter Persönlichkeiten (Seyrer 1997 und 2015) auch in der Politik ermöglicht.

Wie kann man die etatistische Verselbständigung des *volonté général* – das Gegenteil von Rechtsstaatlichkeit – aufheben? Wie kann der Bürger die Kandidatennominierung optimal kontrollieren? Die *individuelle Entscheidungskompetenz* (Seyrer 1986, 1997) des Bürgers ist durch nichts zu ersetzen. Sie entfaltet sich am besten in offenen, öffentlichen, geheimen, direkt-demokratischen und innerparteilichen *Vorwahlen* nach US-amerikanischem Vorbild. Die Wahlen der staatlichen Führer (Präsident, Kanzler, Gouverneur, Bürgermeister etc.) sollen, wie es bisher schon in Deutschland erfolgreich praktiziert wurde, im Rahmen der repräsentativen Demokratie erfolgen. Die Schweiz demonstriert seit Jahrhunderten als die weltweit entwickelte Demokratie der Weltöffentlichkeit erfolgreich, wie direkte *und* repräsentative Demokratie optimal aufeinander abgestimmt werden können.

Damit das Staatsoberhaupt vom Bürger kompetent ausgewählt werden kann, müssen die Parteiapparate, die ihrer kollektivistischen Natur gemäß antidemokratische¹⁵ Interessen haben, gesetzlich dazu angehalten und ggf. auch gerichtlich gezwungen werden, ihre Kontrolle durch den Bürger bei der Kandidatennominierung hinzunehmen.

Damit der gewählte Politiker ganz *oben* die Bürger möglichst weit *nach vorne* führen kann, muß er kompetent sein. Um dies optimal zu gewährleisten, müssen die Wahlen der Staatsoberhäupter unbedingt *zweistufig*, d.h. *direkt- und repräsentativ-demokratisch* geregelt werden. Dies führt nicht in jedem Fall dazu, daß der einzelne Bürger seinen Wunschkandidaten bekommt; auch in der direkten Demokratie hat jeder einzelne Bürger nur eine Stimme, so sehr er sich darüber ärgern mag. Wettbewerb nützt auch dann, wenn er nicht erfreut. Bei freien Wahlen sind hohe Wahlbeteiligungen ein Ausweis demokratischer Reife.

Nur solche Demokratien verdienen diese Bezeichnung hundertprozentig, die dem Bürger eine derart gestaffelte Einflußnahme ermöglichen. Individuelle statt kollektivistischer Entscheidungsgewalt bedeutet einen Machtzuwachs (Seyrer 1986, 1997) für den Bürger, etwas, was alle etatistischen Parteien Deutschlands uns Bürgern bis heute grundgesetzwidrig¹⁶ vorenthalten. Erst wenn der Bürger selbst *zweistufig* wählen kann, wird das Volk zum Souverän. Entscheidung bedeutet Macht. Mehr Entscheidungskompetenz für den einzelnen Bürger räumt ihm mehr Macht ein und vertieft¹⁷ damit die Identifizierung des Bürgers mit seiner nationalen Demokratie.

Let's take back control of our countries oder
wie die Schweizer Bürger ihre nationale Souveränität zurückeroberten

Bürger, die sich wie die Schweizer Bürger einmal zur direktdemokratischen Entscheidungskompetenz aufgeschwungen hatten, ließen sich von den Etatisten die Butter nicht mehr vom Brot nehmen. Im zweiten Weltkrieg nützten die Schweizer Etatisten die militärische Bedrohung dahingehend aus, die direkte Demokratie abzuschaffen; und weil es so schön war, ohne bürgerliche Kontrolle zu regieren, wollte der *etatistische* Bundesrat von seinem *Machtmonopol* nicht mehr abrücken. Deswegen sammelten entscheidungskompetente Bürger aus eigener Initiative jahrelang tausende von Unterschriften und beraumten für den 11. September 1949¹⁸ eine Volksabstimmung zur Wiederinkraftsetzung der direkten Demokratie an, gewannen sie und

¹⁵ vgl. die innerparteilichen Stürze der demokratisch gewählten Staatsoberhäupter Ludwig Erhard, Margaret Thatcher und Tony Abott oder den erbitterten Kampf des republikanischen Parteiapparats gegen den erfolgreich vorgewählten Präsidentschaftskandidaten Donald Trump 2016.

¹⁶ „Ihre (der Parteien, d.V.) innere Ordnung muß demokratischen Prinzipien entsprechen“ (Art. 21 Abs.1 Satz 3 des Grundgesetzes).

¹⁷ „Es gibt in Deutschland nur eine schwache Tradition der innerparteilichen Demokratie“ (Zeuner 1969, S.32).

¹⁸ de.wikipedia.org/wiki/Eidgenössische_Volksinitiative_«Rückkehr_zur_direkten_Demokratie»

setzten sie erfolgreich in Kraft. Dieser historische Schock steckt den Etatisten bis heute in den Knochen und so predigen vom Steuerzahler alimentierte Hochschulprofessoren die Apokalypse¹⁹, läßt die parteiliche²⁰ staatliche Justiz staatliche Straftaten straflos und agitieren etatistische Bundesräte bei jeder sich bietenden Gelegenheit für den EU-Beitritt und die Bilateralen und gegen die bewaffnete Neutralität, nationale Unabhängigkeit und juristische Souveränität – alles um die direkte Demokratie auszuhebeln; die ließen sich die aus ihrer zweiten Weltkriegserfahrung klug gewordenen Schweizer Bürger nicht noch ein zweites Mal von den Etatisten entwinden; dies war ein epochaler Fortschritt im Weltmaßstab, auch wenn hier keine Mauern aus Beton fielen! Dadurch zeichnen sie sich die schweizerischen Demokraten vor dem Rest Europas aus. Einmal entscheidungskompetent, immer entscheidungskompetent – Nachahmer erwünscht! Die etatistische Supranationale²¹ hat sich seither immer wieder die Zähne an der direkten Demokratie ausgebissen, nicht nur in der Schweiz: Die direkte Demokratie siegte über die etatistische Supranationale in der Schweiz 1992, 1997, 2001 und 2014²², in Norwegen 1972²³ und 1994²⁴, in Schweden 2003²⁵, in Dänemark 1992²⁶, 2000²⁷ und 2015²⁸ in Frankreich 2005²⁹ und in den Niederlanden 2005³⁰ und 2016³¹. Die Bürger dieser Nationen waren sehr erfolgreich: bis heute gibt es keine EUdSSR-Verfassung und es wird auch nie eine geben; starke Währungen wie der Franken und die schwedischen und norwegischen Kronen blieben erhalten. Wird Großbritannien am 23. Juni 2016 seine nationale Souveränität zurückerobert? Werden die patriotischen Bürger dieser Nation mit ihren historischen Verdiensten um die *repräsentative* Demokratie für den Austritt³² aus der etatistischen EUdSSR stimmen? Sie sind derzeit ihr

¹⁹ z.B. anlässlich der erfolgreichen Masseneinwanderungsinitiative vom 9. Februar 2014, die sich gegen unkontrollierte Zuwanderung und massenhaften Asylmißbrauch richtet, indem sie diese durch jährliche Höchstzahlen und Kontingente begrenzt.

²⁰ Als staatlicher Notenbankpräsident scheffelte Hildebrand straflos Millionen Devisen in die eigene Tasche, bevor er zum Rücktritt gezwungen wurde. Insiderhandel ist eine Straftat. Hildebrand ist ein ganz gewöhnlicher Krimineller, den die Etatisten vor seiner verdienten Strafe schützten. Die Staatsanwaltschaft Zürich kniff vor Hildebrand. Nicht nur in der Schweiz existiert seit langem eine Kultur der etatistischen Straflosigkeit: der Staat straft die Straftaten des Staates nicht. Nicht nur Christoph Blocher von der SVP ist darüber zurecht empört.

²¹ EUdSSR = Europäische Union der Schulden machenden StaatsRepubliken, VN = Vereinte Nationen, IWF, NGO, EVP, SI, TTIP, NAFTA, Klimagipfel etc.

²² de.wikipedia.org/wiki/Bilaterale_Verträge_zwischen_der_Schweiz_und_der_Europäischen_Union#Liste_der_Schweizer_Volksabstimmungen_C3.BCber_die_Beziehungen_mit_der_Europ.C3.A4ischen_Union

²³ de.wikipedia.org/wiki/Volksabstimmung_in_Norwegen_1972

²⁴ de.wikipedia.org/wiki/Volksabstimmung_in_Norwegen_1994

²⁵ en.wikipedia.org/wiki/Swedish_euro_referendum,_2003

²⁶ en.wikipedia.org/wiki/Danish_Maastricht_Treaty_referendum,_1992

²⁷ en.wikipedia.org/wiki/Danish_euro_referendum,_2000

²⁸ en.wikipedia.org/wiki/Danish_European_Union_opt-out_referendum,_2015

²⁹ de.wikipedia.org/wiki/Referendum_in_Frankreich_2005_zur_Europäischen_Verfassung

³⁰ de.wikipedia.org/wiki/Referendum_in_den_Niederlanden_2005_zur_Europäischen_Verfassung

³¹ de.wikipedia.org/wiki/Referendum_in_den_Niederlanden_über_das_Assoziiierungsabkommen_zwischen_der_Europäischen_Union_und_der_Ukraine.

Die EUdSSR-Kommissare ignorieren, daß die Ratifizierung einstimmig erfolgen muß; die etatistische Supranationale bekämpft die Demokratie nach dem Sieg des Volkes wie eh und je: "Aber (!) wir müssen unser *Wort* gegenüber der *Ukraine* halten" (n-tv 7.4.2016). Ungeachtet ihrer Niederlage beim holländischen Ukraine-Referendum will die EU-Kommission noch in diesem Monat die Visafreiheit für Kiew. EU-Expansionismus am Ende?

³² de.wikipedia.org/wiki/Referendum_über_den_Verbleib_des_Vereinigten_Königreichs_in_der_Europäischen_Union

zweitgrößter Nettozahler. Das Ende des EURO und der EUdSSR rückte näher, wenn Marine Le Pen die erste *direktdemokratisch* orientierte Präsidentin einer souveränen République française würde.

Direkte Demokratie ist keine nebensächliche Verfahrensfrage, sondern eine gewichtige Formalie. Es gilt: „*Content follows Form*“ ist das wichtigste methodologische Prinzip der Psychologie und bedeutet, daß die Form den Inhalt nach sich zieht (Seyrer 2012); es gilt auch für die Entscheidungskompetenz und hat sich bei meinen Prognosen der Entscheidungsfähigkeit bewährt. Im Bewußtsein der breiten Öffentlichkeit und ganz besonders der politisierten Öffentlichkeit werden solche Formfragen unterschätzt und sogenannte inhaltliche Fragen überschätzt.

In einer Demokratie entfaltet sich die Entscheidungskompetenz³³ des Wählers optimalerweise zweistufig: in von einer Partei organisierten *Vorwahl* wählt der *aktive* Bürger aus (hoffentlich) zahlreichen kompetenten Bewerbern *direktdemokratisch* aus, wer von seiner Partei nominiert wird und wer nicht; in *repräsentativen* Wahlen entscheidet er zu einem späteren Zeitpunkt, welche Partei ihn mit welchem Spitzenkandidaten vertreten soll. Dieser zweistufige Prozeß vertieft die Demokratie. Donald Trump hat 2016 ein historisches Exempel innerparteilicher Demokratie statuiert, das sowohl den Parteiapparat als auch das Establishment in die Knie zwang.

Wenn die Parteien wirklich etwas gegen die Parteienverdrossenheit der Bürger tun wollten, könnten sie diesen zweistufigen Prozeß beschließen und organisieren. Viele Bürger wären froh, wenn es wenigstens eine Partei in ihrem Land gäbe, die *Vorwahlen* auch für Nichtwähler öffnen würde. Amerikas open Primaries lassen grüßen. Die Trennung von Amt und Mandat würde dazu perfekt harmonieren, wenn es wenigstens einer Partei pro Land darum ginge ihre innerparteiliche Demokratie zu befördern. Im weltweiten Kampf gegen den Etatismus kommt den *Nationen* und den patriotischen *Parteien* eine zentrale Rolle zu, wenn es heute darum geht, daß wir aktiven Bürger die Kontrolle über unsere jeweiligen Länder zurückgewinnen wollen. Die Schweizer Bürger haben ihre Direkte Demokratie am 11. September 1949 erfolgreich zurückerobert – ein epochaler Sieg³⁴. Diesen damals auf der friedlichen Insel errichteten Leuchtturm

³³ Das Ausmaß an Kontrolle, das die Entscheidungskompetenz eines Wählers hervorbringt, läßt sich messen. Ein Machtindex mißt die Macht eines Spielers in einem Abstimmungsspiel. Für die Messung in ausdefinierten Situationen eignen sich gemäß der kooperativen Spieltheorie die beiden *Macht-Indizes* von Lloyd Shapley (1953&1954) und John F. F. Banzhaf (1946): Letzterer eignet sich für CONTRA-Entscheidungen (Seyrer 1997), das sich Einlassen und das sich Ausklinken aus einer Koalition; Ersterer eignet sich für PRO-Entscheidungen (ebd.), die Selbstverpflichtung sich einer Koalition anzuschließen. Das Ausmaß an individueller Entscheidungsfähigkeit läßt sich mit dem Entscheidungsfähigkeitsindex (Seyrer 2015), der zwischen 0 und 100% beträgt, messen (Entscheidungsfähigkeit laut Führungsmatrix: entscheidungsstark, entscheidungsfähig statt entscheidungsschwach, verantwortungslos). Die Indizes decken oft unerwartete und überraschende Machtverteilungen auf, die an der Oberfläche nicht ersichtlich sind. Dies ermöglichte mir viele richtige Prognosen: www.kraft5.com

³⁴ de.wikipedia.org/wiki/Eidgenössische_Volksinitiative_«Rückkehr_zur_direkten_Demokratie»

konnte der etatistische Sumpf³⁵ bis heute weder in eine Schiefelage noch zum Einsturz bringen. Das weltweit einzigartige Minarettverbot³⁶, ein Symbol unerschrockener Standhaftigkeit der kapitalistischen Rechtsstaatlichkeit gegen die islamistische Gewaltherrschaft³⁷ ist ein anregendes 60. Jubiläumsangebot, das die sich selbst liebende³⁸ Schweiz allen Demokratien macht, die noch nicht so fortschrittlich sind. Das Schweizer Modell strahlt bis heute weltweit aus. Für den Rest der Nationen gilt: Let's take back control of our country, skandiert Nigel Farage bei jeder Rede stellvertretend für seine Mitbürger; von der Schweiz als Musterland einmal abgesehen gilt es in allen demokratischen Ländern, die nationale Souveränität von der etatistischen Supranationale (EUdSSR, VN, Klimagipfel, TTIP, NGO, IWF, WTO, OECD, NAFTA etc.) zurückzugewinnen: ***Die Trennung von Amt und Mandat in der Partei, direktdemokratische Vorwahlen auch für Nicht-Mitglieder zur Kandidatennominierung und zu guter Letzt repräsentative Listenwahlen – das ist der Weg von der innerparteilichen zur gesellschaftlichen Demokratie.*** Direkt-demokratisch ausgerichtete Parteien wirken dabei als Geburtshelfer mit.

Und es geschah in der Schweiz, der einzigen hundertprozentigen Demokratie auf dieser Welt: es ist kein Zufall, daß der äußerst erfolgreiche Unternehmer und Kapitalist Dr. Christoph Blocher dort als bisher einziger anti-etatistischer Politiker zum Staatsoberhaupt gewählt wurde. Subjekt und Objekt hängen zusammen (1997). Noch ein Beispiel: nur in den USA gibt es open Primaries, d.h. für alle interessierten Bürger offenstehende innerparteiliche Vorwahlen; es ist kein Zufall, daß auf diesen relativ guten Voraussetzungen aufbauend der äußerst erfolgreiche Unternehmer und Kapitalist Donald Trump bisher als weltweit einziger anti-etatistischer Politiker einen mächtigen Parteiapparat wie den republikanischen in die Knie zwang; und das noch mächtigere amerikanische Establishment konnte dazu nur noch mit den Zähnen knirschen und hunderte Millionen für wirkungslose TV-Spots gegen Trump verschleudern.

³⁵ Was haben die Abschaffung der Deutschen Mark 2001, das Ignorieren des niederländischen Referendums zur EU-Ukraine-Assoziierung 2016 durch die Regierung und die geplante EU-Visafreiheit für 85 Millionen Türken gemein? Es sind Blüten des etatistischen Sumpfs. Das Ziel des Etatismus (Seyrer 2013) ist es, immer mehr Bürger in die **Abhängigkeit** vom Staat zu bringen (z.B. Methadonprogramme, Steuererhöhung, Niedrigzinspolitik) oder zu zwingen (z.B. DM durch € ersetzen, Bargeld abschaffen). Vor 66 Jahren bewies Ludwig von Mises (1949), daß der etatistische Expansionismus die gefährlichste Folge des permanenten staatlichen Interventionismus ist, weil er internationale Spannungen und Konflikte schürt. Zum Zwecke der Expansion brechen Beamte und Politiker die Verfassung, übertreten Gesetze und hebeln die Demokratie aus; die Erfolge der Direkten Demokratie ignorieren, bekämpfen oder verfälschen die etatistischen Politiker und Beamten oder setzen sie einfach - wie bei der schweizerischen Masseneinwanderungsinitiative 2014 - nicht um.

³⁶ [Volksabstimmung am 29. November 2009](https://de.wikipedia.org/wiki/Schweizer_Minarettstreit#Eidgen.C3.B6ssische_Volksinitiative_.C2.ABGegegn_den_Bau_von_Minaretten.C2.BB) über «*Der Bau von Minaretten ist verboten.*» 57,5% sind dafür. de.wikipedia.org/wiki/Schweizer_Minarettstreit#Eidgen.C3.B6ssische_Volksinitiative_.C2.ABGegegn_den_Bau_von_Minaretten.C2.BB

³⁷ Im April 1998 wurde Erdoğan vom Staatssicherheitsgericht Diyarbakır wegen Missbrauchs der Grundrechte und -freiheiten gemäß Artikel 14 der türkischen Verfassung und nach Artikel 312/2 des damaligen türkischen Strafgesetzbuches (Aufstachelung zur Feindschaft auf Grund von Klasse, Rasse, Religion, Sekte oder regionalen Unterschieden) zu zehn Monaten Gefängnis und lebenslangem Politikverbot verurteilt. Anlass war eine Rede bei einer Konferenz in der ostanatolischen Stadt Siirt, in der er aus einem religiösen Gedicht, das Ziya Gökalp zugeschrieben wurde, zitiert hatte: „Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind. Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten.“ Zitiert aus Wikipedia.

³⁸ Die Self Love stammt vom liberalen *Adam* (Smith) ab.

Dr. Christoph Blocher ist ein starker politischer Führer, der die Schweiz liebt und unermeßlich viel nicht nur für diese Nation getan hat. Donald Trump wants to „make America great again“; auch er ist finanziell unabhängig und freigeistig. In der Massenkommunikation agieren beide authentisch. Das unterscheidet Beide von den etatistischen Politikern, die vom Parteiapparat, den Lobbyisten, den Medien u.a.m. abhängen. Seit Blocher als erster Anti-Etatist an die Spitze eines demokratischen Staats gewählt wurde, kämpfen sich weitere direktdemokratisch orientierte Kandidaten auch in den weniger fortgeschrittenen Demokratien nach vorne. Ich prognostiziere entgegen aller Medien – NYT, WP, WSJ, FOX, CNN, MSNBC – und Meinungsumfragen³⁹: wegen seiner ausgeprägten Wachstumserzeugungsstärke wird Donald Trump der nächste US-amerikanische Präsident; die starke Le Pen wird 2017 im ersten Wahlgang siegen; welcher patriotische Führer – Farage, Strache, Wilders, Grillo, Salvini u.a. – wird als nächster die Spitze erklimmen? Welche der patriotischen Parteien – SVP, FPÖ, GOP, Front National, UKIP, PVV, M5S, LN u.a. – wird sich eine für den *anti-etatistischen* Kampf optimal geeignete Parteiorganisation geben? Eine pro-kapitalistische Partei braucht einen *Parteiapparat*, der sie *direktdemokratisch* ausrichtet, d.h. vor allem dem Bürger in Vorwahlen die Entscheidung darüber einräumt, wer als Spitzenkandidat nominiert wird und wer nicht. Dies ist kein Paradox, sondern der Lackmустest für bürgerliche Kontrolle.

Zusammenfassung: Dieser Aufsatz ist eine weitere Anwendung des psychologischen Prinzips „Content follows form – die Form zieht den Inhalt nach sich“. Folglich ist die direkte Demokratie das probate Mittel gegen den supranationalen Etatismus. Etatisten bedienen sich der Parteiapparate, um die Kontrolle der Bürger im Staat auszuschalten. Innerparteiliche Demokratie zielt *erstens* darauf ab, das Machtmonopol des hauptamtlichen Apparats auszubalancieren: Amt und Mandat sind deshalb unvereinbar. Innerparteiliche Demokratie ist *zweitens* das Mittel der Wahl gegen die Verselbständigung des hauptamtlichen Apparats aller Parteien, weil der Bürger mittels offener Vorwahlen allen Parteien zu ihrer grundgesetzlichen Bestimmung, an der politischen Willensbildung *mitzuwirken*⁴⁰, verhilft. Innerparteiliche Demokratie von draußen: die untrügliche Entscheidungskompetenz des Wählers bringt durch (offene Vor-)Wahlen die⁴¹ beste Persönlichkeit an die Spitze! Die Zeit ist reif für ein Gesetz, das alle Parteien zur innerparteilichen Demokratie von draußen verpflichtet. Welche Partei kämpft für dieses Ziel?

³⁹ [//en.wikipedia.org/wiki/Nationwide_opinion_polling_for_the_United_States_presidential_election,_2016](https://en.wikipedia.org/wiki/Nationwide_opinion_polling_for_the_United_States_presidential_election,_2016), Stand 24.4.2016

⁴⁰ Grundgesetz Art. 21 Abs.1 Satz 1

⁴¹ Wenn ich den männlichen Artikel „der“ in der Überschrift einsetze, soll der auch für einen weiblichen Besten gelten. Die Pest der politischen Korrektheit mit „/in“ oder „*innen“ infiziert seit Jahrzehnten die deutsche Grammatik. Die allzeit gültige deutsche Grammatik hat das weibliche Geschlecht für *die* beste Persönlichkeit bestimmt. Die *Grammatik* ist der Sprache, was die *Rechtstaatlichkeit* der Gesellschaft ist. Beides ist unverzichtbar. Wer wie die politisch korrekten Gutmenschen die Grammatik zu politischen Zwecken manipuliert, ist auch bereit den Rechtsstaat zu zerstören. Schluß damit!

Literaturliste:

- BANZHAF, John F. F. (1946): en.wikipedia.org/wiki/Banzhaf_power_index; in Coleman, James S. (1971), "Control of Collectives and the Power of a Collectivity to Act", in Lieberman, Bernhardt, Social Choice, New York: Gordon and Breach, pp. 192–225
- BUCHANAN, James M. & TULLOCK, Gordon: The Calculus of Consent – Logical Foundations of Constitutional Democracy. Ann Arbor, 1962
- BUCHANAN, James M.: The Limits of Liberty between Anarchy and Leviathan. Chicago: The University of Chicago 1975
- DÖRNER, Dietrich (Hrsg.): Lohausen - Vom Umgang mit Unbestimmtheit und Komplexität. Bern: Huber 1983
- ERHARD, Ludwig: Wohlstand für alle. Düsseldorf: Econ 1957
- FREUD, Sigmund: Formulierungen über die zwei Prinzipien des psychischen Geschehens. In: Studienausgabe Band 2, Psychologie des Unbewußten. Frankfurt am Main: Fischer 2000 (1911)
- ISAACSON, Walter: Steve Jobs. München: Bertelsmann 2011
- MIERZEJEWSKI, A. C.: Ludwig Erhard, Wegbereiter der sozialen Marktwirtschaft. München: Pantheon 2006
- MISES, Ludwig von: Human Action. Yale: Yale University Press 1949
- OESTERREICH, Rainer: Handlungsregulation und Kontrolle. München: Urban & Schwarzenberg 1981
- RAND, Ayn: What is capitalism? In: Capitalism: The Unknown Ideal. New York: Signet Penguin Group 1967
- SEYRER, Yann: Aufbruch in den Alltag. Weinheim: Beltz 1986
- SEYRER, Yann: Der Gefühlsspiegel – Formeln für persönliche Entwickeltheit und persönlichen Erfolg. Frankfurt/M: Peter Lang 2003
- SEYRER, Yann: Differentielle Optimalentwicklung. Tübingen: DGVT (Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie) 1997
- SEYRER, Yann: Ludwig Erhard als Psychologe. Berlin: www.liberalpartei.de 2012 b
- SEYRER, Yann: Mitarbeiterauswahl beim Entlassen, Einstellen, Fordern und Befördern und schließlich beim Übergeben der Unternehmung an den Nachfolger. Berlin: www.liberalpartei.de 2012 a
- SEYRER, Yann: Optimalregulation. Berlin: Epubli GmbH 2011
- SEYRER, Yann: Staat und Währungsstabilität im Zeitalter des Etatismus. Berlin: www.liberalpartei.de 2013
- SEYRER, Yann: Werke Band 1, Aufbruch in den Alltag. Berlin: Epubli GmbH 2012 c
- SEYRER, Yann: Werke Band 4, Meßbare Stärken von Spitzenleistern. Berlin: Epubli GmbH 2015
- SHAPLEY, Lloyd & SHUBIK, Martin: A Method for Evaluating the Distribution of Power in a Committee System, in American Political Science Review, Band 48, S. 787–792, 1954
- SHAPLEY, Lloyd et.al.: A Value for n-person Games, in Contributions to the Theory of Games Band II, 1953
- SHAPLEY, Lloyd: Stochastic Games, in Proceedings of National Academy of Science, Band 39, S. 1095–1100, 1953, online
- SMITH, Adam: Der Wohlstand der Nationen. Frankfurt: Zweitausendeins 2009 (1776)
- VOLPERT, Walter: Lohnarbeitspsychologie. Frankfurt am Main: Fischer 1975
- ZEUNER, Bodo: Innerparteiliche Demokratie. Berlin: Colloquium Verlag Otto H. Hess 1969

Innerparteiliche Demokratie von draußen – ein erfolgreiches Konzept für die demokratische Wende (2016_b)

Im April 2016 konzipierte ich die „Innerparteiliche Demokratie von draußen“. Noch nie wurde ein politisches Konzept von mir so schnell, so erfolgreich und in so vielen Ländern gleichzeitig 1:1 umgesetzt; innerparteiliche Demokratie von draußen lag offensichtlich in der Luft:

- Die souveränen Schweizer befreiten sich seither vom europaweit grassierenden Ökowahn, auch dem ihrer eigenen Bundesräte und lassen ihre zuverlässigen Atomkraftwerke die nächsten Jahrzehnte weiter preiswerten Strom erzeugen; die jahrhundertlang bewährte *direkte Demokratie* macht's möglich. Der Kapitalist Christoph Blocher mobilisierte die patriotischen Bürger erneut erfolgreicher als die grünen, sozialistischen, christlichen, konservativen, liberalen, linken, antifaschistischen u.a. Etatisten. Auf das demokratische Musterland ist Verlaß.
- Vier Millionen französische Bürger, organisierte wie unorganisierte, zahlten 2 € pro Wahlgang wählten den weitgehend unbekanntem François Fillon zum Präsidentschaftskandidaten der Republikaner; *offene Vorwahlen* machen's möglich. Fillon will die 35 h-Woche durch 39 h ersetzen, das Rentenalter um 3 Jahre auf 65 Jahre erhöhen, 500.000 Beamtenstellen streichen, den Staatshaushalt um 100 Milliarden kürzen, 5 Jahre die Staatsausgaben einfrieren, die islamistischen Terroristen und ihre Sympathisanten ausweisen und die streikwütigen Gewerkschaften nach dem Vorbild von Margret Thatcher bändigen – und das im Mutterland des Etatismus. Man glaubt seinen Augen nicht zu trauen. Wenn François Fillon nur die Hälfte davon umsetzt, ist ihm ein Platz in den Geschichtsbüchern sicher.
- Mehr als 98% aller ungarischen Wähler folgen ihrem Premierminister Viktor Orbán, der ein *Referendum* gegen die EUdSSR-Flüchtlingspolitik ansetzte; die Ungarn wollen sich keine Flüchtlinge und islamistischen Terroristen mehr von der EUdSSR aufzwingen lassen.
- Die älteste *Demokratie* der Welt macht's möglich. Am 23. Juni konnten wir Gegner des *supranationalen Etatismus* zum ersten Mal seit 25 Jahren jubeln. Der Unabhängigkeitstag Großbritanniens ist gleichzeitig eine Befreiung aller europäischen Länder vom eurokratischen *Zentralismus*, dessen Tage nun gezählt sind. Das vom patriotischen Unternehmer Nigel Farage gegen die geballte Macht der supranationalen Medien, Parteien und Verbände organisierte nationale direktdemokratische *Referendum* Brexit brachte den Koloß zu Fall.
- Die Sensation des Jahres aber ist der Sieg Donald Trumps, den ich entgegen hunderter konkurrierender falscher Prognosen bereits am [27. Mai 2016 richtig vorhersagte](#):
 - Sensationell die auch im Vergleich zum großen Ronald Reagan stärkste *demokratische Volksbewegung* aller Zeiten; Donald Trump schuf sie durch brillante Auftritte bei hundert Kundgebungen. Am 8. November absolvierte er sieben Großkundgebungen mit bis zu 31.000 engagierten Bürgern. Trump macht's möglich.
 - Sensationell, wie Donald Trump seine 16 Mitbewerber in *offenen Vorwahlen* aus dem Feld schlug; 14 Millionen unorganisierte und organisierte Vorwähler stimmten ab, mehr als je zuvor in der amerikanischen Geschichte. Die innerparteiliche Abstimmung auf dem republikanischen Parteitag in Cleveland entschied der Sieger der Vorwahlen gegen den Parteiapparat und die Apparatschiks unter der wankelmütigen Führung Paul Ryans. ***Die innerparteiliche Demokratie von draußen hat dort endgültig gesiegt.*** Trump macht's möglich. Von ihrer Niederlage auf dem Parteitag erholten sich die Etatisten nicht mehr; manche riefen konsequenterweise gleich zur Wahl von Clinton auf; wenn

schon, denn schon: supranationale Etatisten sind sich über die von ihnen nicht respektierten Grenzen von Parteien und Nationen hinweg einig – die demokratisch sattelfesten Völker Großbritanniens und der USA und ihre patriotischen Unternehmer Farage und Trump allerdings auch. Und das zählt.

- Sensationell war, wie der Beste sich, wie von mir entgegen allen Unkenrufen richtig vorhergesagt, nach oben kämpfte; am symbolträchtigen 9. November, der einst den Fall des real existierenden Sozialismus markierte, hat der *patriotische Unternehmer* Donald Trump mit einem sensationellen Vorsprung von 306 zu 232 Wahlmännern über die *supranationale Etatistin* Hillary Clinton gesiegt. Das entspricht einem Verhältnis von 57% zu 43%. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache.
- TTIP, EZB, EUdSSR, CETA, NGO, Weltklima-Gipfel, NAFTA, UN, islamistischer Terrorismus, ISIL, Kalifat und all die anderen nicht genannten etatistischen Fehlkonstruktionen befinden sich seither im steilen Sinkflug. Dank sei den 62.846.550 amerikanischen Bürgern, die ihren Präsidenten *direkt wählten!* Trump macht's möglich.

In Deutschland verhindert die etatistische Einheitspartei GRÜNECDUCSUSPSEDDFDP landesweite *Volksabstimmungen*, der Bundeskanzler darf nicht *direkt gewählt* werden genauso wenig wie der Bundespräsident; keine einzige Partei praktiziert *offene Vorwahlen* - Demokratie bleibt in Deutschland ein Fremdwort. Nicht verschwiegen werden soll an dieser Stelle, daß Deutschland nicht nur unter Kaiser Wilhelm, Adolf Hitler, Erich Honecker sondern auch unter Angela Merkel wieder einmal den Anschluß an die weltweite Demokratisierung verpaßt hat. Die supranationale Etatistin Merkel haßt Deutschland und stellt eine Bedrohung für die Sicherheit, Demokratie und Marktwirtschaft dar; deswegen muß sie weg. Der späte Helmut Kohl hat als Bundeskanzler zwei für Deutschland fatale Fehlentscheidungen getroffen: gegen unseren Willen hat er uns den fehlkonstruierten Euro aufs Auge gedrückt und Merkel als seine Nachfolgerin inthronisiert. Ein deutscher Christoph Blocher, ein deutscher Nigel Farage oder ein deutscher Donald Trump sind noch nicht in Sicht; Kapitalismus wird hierzulande befehdet statt herbeigesehnt: gutbezahlte Jobs sind nicht nur für Amerikaner gut; und die können nicht Etatisten, sondern nur Unternehmer schaffen. Deutschland isoliert sich wieder einmal von den demokratischen Vorreitern Schweiz, USA und Großbritannien. Blocher und Trump haben einen deutschen Großvater, Farage eine deutsche Ehefrau – warum wohl?

Demokratische Wende	Abwendung von ...	Hinwendung zu ...
Methode	Zentralismus	Innerparteiliche Demokratie von draußen
Politisches Modell	Supranationaler Etatismus macht <u>abhängig</u>.	Die patriotische Unternehmerpersönlichkeit <u>führt</u>. Der Bürger <u>kontrolliert</u>.
Wichtige Ziele	Wir kontrollieren unsere <u>unkontrollierten</u> Grenzen selbst! Wir legen den korrupten <u>Sumpf</u> trocken!	Wir schaffen gutbezahlte Arbeitsplätze!

Volksbewegungen, Volksabstimmungen, offene Vorwahlen, und direkte Wahlen von Präsidenten – 2016 ist das weltweite Jahr der demokratischen Wende und brachte mehrere Siege der innerparteilichen Demokratie von draußen! Welche historische patriotische Unternehmerpersönlichkeit wird als nächster Politiker nach Blocher, Farage und Trump Wahlen gewinnen? Solche einzigartigen patriotischen Unternehmerpersönlichkeiten müssen die Demokratische Wende weg vom abhängig machenden supranationalen Etatismus hin zur Kontrolle des Bürgers über seinen Staat mittels innerparteilicher Demokratie von draußen führen – und nur sie können das. Die Ökonomie ist der wertschaffende primäre und die Politik der machtausübende sekundäre, davon finanzierte abhängige Bereich; der Etatismus hat dies auf den Kopf gestellt. Der Staat hat dem Bürger die Kontrolle über sich entwunden; die bewegten Bürger haben sich nun mithilfe von Trumps innerparteilicher Demokratie von draußen die **Kontrolle** über den Staat zurückgeholt. Das gefällt den Bürgern und mißfällt den Etatisten.

Der Triumph der Volksbewegung des patriotischen Unternehmers Donald Trump ist ein epochaler Sieg, der die führende Rolle der USA für den demokratischen Fortschritt beweist; damit werden sich bald auch andere Länder aus der Umklammerung durch den supranationalen Etatismus befreien. Demokratie und freie Meinungsäußerung haben ihre größte Zukunft noch vor sich. Überprüfen Sie diese Prognose anhand der kommenden spannenden Ereignisse in Ihrem Land.

Nachtrag zu meiner Prognose vom April 2016

Ein Jahr später, im April 2017, sind meine beiden Prognosen vom April 2016 eingetroffen: „wegen seiner ausgeprägten Wachstumserzeugungsstärke wird Donald Trump der nächste US-amerikanische Präsident; die starke Le Pen wird 2017 im ersten Wahlgang siegen;“ Trump ist jetzt der 45. amerikanische Präsident und Le Pen hat im ersten Wahlgang gesiegt. Wer hat dies außer mir hundertprozentig richtig prognostiziert?